

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam  
vom 24.10.2016 zur Kritik an der Berichterstattung von ARD-aktuell  
über Staatsschuldenkrise in Griechenland im Jahr 2015

In ihrer E-Mail vom 24.10.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von ARD-aktuell über die Staatsschuldenkrise in Griechenland im Jahr 2015. Sie nehmen dabei u. a. Bezug auf eine Studie der Otto Brenner Stiftung.

ARD-aktuell ist die Studie der Otto Brenner Stiftung bekannt. Sie bezieht sich auf die gesamte Berichterstattung über das Thema durch ARD und ZDF. Der Zweite Chefredakteur hat dazu eigens in einem Blog-Eintrag ausführlich die Position der Redaktion dargelegt:

„Zur Kritik der Otto-Brenner Stiftung der IG Metall an der Griechenland-Berichterstattung von ARD und ZDF, lässt sich folgendes sagen: Die ‚Tagesschau‘ hat über die griechische Finanzkrise über Monate umfassend und journalistisch ausgewogen berichtet. Alle wichtigen Entwicklungen wurden analysiert, sowohl im Bereich der Politik wie auf den Finanzmärkten. Selbstverständlich wurden auch entscheidende Debatten im griechischen Parlament aufgegriffen. Die Stiftung bescheinigt uns, dass wir dem Thema Relevanz beigemessen und in Vielfalt berichtet haben. Und nicht nur wir: Natürlich hat die ARD in TV, Hörfunk und Online tausendfach die Thematik aufgegriffen. Untersucht wurde nur ein Ausschnitt.

Selbstverständlich stellen wir uns gerne jeder inhaltlichen Debatte, gerne anhand konkreter Berichte. Denn die gewählte Methodik der Studie führt eher in die Irre.

Es ist gerade bei Finanzthemen in kurzen Informationssendungen notwendig, die Ergebnisse von Recherchen auf den Punkt zu bringen. Wir betrachten es als eine journalistische Kernaufgabe, die krisenhaften Entwicklungen im Finanzsektor verständlich zu erklären und sachlich einzuordnen. Dies hat das Erste geleistet. Die Studie würdigt dies jedoch nicht. Sie kritisiert dieses Bemühen vielmehr: Wenn ‚Wertungen‘ erfolgen, ‚entspricht dies nicht dem Qualitätsanspruch an Neutralität‘. Bereits als Wertungen aufgefasst werden in der Studie Adjektive, Substantive oder Verben, ‚die andere Akteure beschreiben. Die Ausrichtung der Wertung ist für die Frage nach der Neutralität unerheblich‘. Ist der Anteil solcher Wörter in einem Bericht ‚größer als null, so wurde das Gebot der Neutralität verletzt‘. Das Zählen von Adjektiven ohne Kontext erlaubt aber keine Aussage über die Qualität eines Berichtes. In dieser Methodik läuft jegliche Hintergrundberichterstattung Gefahr, als nicht neutral angesehen zu werden.

Interessant ist, dass die Studie an anderer Stelle aber genau dies fordert: bessere Hintergrundinformationen. Den Sendern fehle es ‚zum Teil an analytischer Qualität‘. Auch in diesem Punkt lohnt ein Blick auf die Systematik: ‚Eine hohe analytische Qualität kann attestiert werden, wenn viele Politikfelder in der Berichterstattung thematisiert werden.‘ Genau dies macht aber eben nicht die Qualität von Nachrichten aus. Sie müssen schließlich das Relevante herausfiltern. Deshalb greift die Kritik an den Sendern auch nicht, dass ‚nur 63‘ von 139 Reformen in Griechenland in der Berichterstattung auftauchten. Es ist Aufgabe, von Journalisten über die wichtigsten Reformen ausführlich zu berichten, nicht zwingend über alle. Es wird auch in Deutschland nicht über jede Bundestagssitzung berichtet, sehr wohl aber über wichtige Gesetzesinitiativen.



Ein weiterer Punkt, den die Studie nicht sachgerecht beleuchtet, ist die ‚Ausgewogenheit‘ der Berichte. Sie liegt laut Studie dann vor, ‚wenn alle zentralen Akteure in gleichem Verhältnis auftreten‘. Die deutsche Regierung sei in der ‚Tagesschau‘ häufiger zu Wort gekommen als die griechische. Dies liegt aber schon allein daran, dass die ‚Tagesschau‘ die innenpolitische Diskussion über die Griechenlandhilfen inklusive Bundestagsdebatten ausführlich abgebildet hat. Hierbei kam zum Beispiel auch die Linkspartei zu Wort, die für Verständnis für die griechische Seite warb. Die Berichterstattung war insgesamt angemessen und fair. Einen Rückschluss auf die Ausgewogenheit lässt das methodisch so erhobene Zahlenmaterial nicht seriös zu. Es hinkt bereits der Zahlenvergleich zur deutschen und griechischen Regierung, weil international sehr viele Regierungen und Organisationen (IWF etc.) mit der Krise in Griechenland befasst waren. Es galt, die relevanten Entwicklungen darzustellen, und dies ohne Strichliste.



Weiter schreiben die Autoren der Studie, dass ‚die griechische Regierung innerhalb der jeweiligen Beiträge von ‚Tagesschau‘ und ‚heute‘ deutlich häufiger negativ als positiv durch die Journalist\*innen bewertet wurde‘. Hierzu ist anzumerken: Erstens wird aus der Studie nicht klar, wann eine Formulierung als positiv oder negativ gewertet wird. Zweitens: In der ‚Tagesschau‘ sind Kommentare nicht zulässig. Die Sendung berichtet über problematische Entwicklungen an den Finanzmärkten, fasst dabei die Kritik an Akteuren zusammen und nennt hierzu die Quellen. Der Zuschauer bekommt wertvolle Einordnungen auf Basis von Recherchen. Klar ist zudem: Bei der Beschreibung der griechischen Krise, die das internationale Finanzgefüge bedrohte, äußerten viele unabhängige Analytiker Kritik am griechischen Vorgehen. Diese spiegelte sich natürlich auch in den Berichten. Zu erwarten, dass bei einer Krise dieses Ausmaßes in der Berichterstattung ‚positive und negative Wertungen gleich verteilt‘ werden müssen, führt Journalismus ad absurdum. Aber nur in diesem Fall kann laut Studie ‚von Ausgewogenheit gesprochen werden‘. Dieser These ist klar zu widersprechen. Es ist natürlich ein wichtiger Standard, auch die Gegenseite zu hören (‚audiatur et altera pars‘). Konflikte und Krisen müssen aber auch als solche benannt werden können. Die Methodik der Studie ist insgesamt leider pauschalierend und wenig hilfreich. Sie blendet zudem den Kontext der täglichen Berichterstattung aus und stützt sich auf unpassende Zahlenreihen.

Nochmal: Wir sind offen für eine kritische Begleitung unserer Berichterstattung. Davon kann jede Redaktion nur profitieren. Diese Studie hat aber leider einige Schwächen.“

(<http://blog.tagesschau.de/2016/09/08/griechenland-berichterstattung-im-ersten/#more-14375>)

Wir weisen daher den von den Petenten erhobenen Vorwurf der Nachrichtenunterdrückung zurück. Die Redaktion stellt sich stets der gegen sie erhobenen Kritik und tut dies auch öffentlich, wie der angeführte Blog-Eintrag zweifelsfrei belegt. Gerade dieses Vorgehen zeigt aus unserer Sicht, dass wir Kritik an unserer Berichterstattung ernst nehmen und entsprechend darauf reagieren.

Dr. Kai Gniffke  
29.12.2016